

SVP INTERNATIONAL
Postfach 8252, CH-3001 Bern
Tel +41 31 300 58 58
Fax +41 31 300 58 59
Email: info@svp-international.ch
Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe Mai 2011

Die SVP International im Wahlkampf 2011

Wie angekündigt startet die SVP International mit eigenen Listen in den Wahlkampf für die Nationalratswahlen 2011. In insgesamt zehn Kantonen wird die SVP International mit Kandidaten aus dem Ausland präsent sein.

Die SVP International Liste im Kanton Graubünden konnte schon vor gut einem Monat den Medien vorgestellt werden. Dank der raschen Einreichung hat die Liste bei der Auslosung die Nummer 2 erhalten. Dies ist ein toller Ausgangspunkt.

Die Listen in den Kantonen Zürich und Schaffhausen stehen auch bereits und können in den nächsten Tagen präsentiert werden.

Im Kanton Zug werden wir voraussichtlich einen Kandidaten aus dem Ausland auf der Liste der Jungen SVP portieren können.

Die SVP International Listen in den Kantonen **Genf, Baselstadt, Baselland, Aargau, Solothurn und Schwyz** sollten noch im Juni fertiggestellt werden. Es hat jedoch in diesen Kantonen **noch freie Listenplätze**. Sollten Sie an einer Kandidatur interessiert sein, melden Sie sich möglichst rasch beim Sekretariat auf info@svp-international.ch.

Mit dieser zeitlichen Ausgangslage sieht es für den Wahlkampf der SVP International gut aus. Mit Inseraten, Flyern und Internetauftritten möchten wir auch im Ausland auf die Politik der SVP aufmerksam machen und unsere Wähler ansprechen.

Auch am Auslandschweizerkongress werden wir wie jedes Jahr mit einem aktiven Auftritt die Teilnehmer ansprechen können.

Enttäuschend ist hingegen die Haltung der Schweizer Revue der ASO. Um den Listen der SVP International möglichst wenig Plattform zu geben, wird von jeder Partei jeweils nur ein Kandidat im Magazin vorgestellt. Dies ist überaus stossend, insbesondere, da die Auslandschweizer in verschiedenen Kantonen wählen und sie wahrscheinlich am meisten interessiert an den Kandidaten in ihrem Kanton wären! Mit unserem Hinweis, man könnte ja wenigstens die Kantone aufzählen, in welchen Auslandschweizer kandidieren und von jedem Kanton einen Kandidaten präsentieren, stiessen wir nur auf Widerstand. Es ging eindeutig nur darum, der SVP keine Plattform für ihr grosses Engagement geben zu müssen. Einmal mehr zeigt sich die Schweizer Revue als parteiisch und berechnend.

Doch die SVP International wird sich von dieser Haltung der ASO nicht demotivieren lassen. Im Gegenteil – dies soll für alle unsere Mitglieder ein Ansporn sein, in der Schweizergemeinde ihres Landes aktiv für die SVP zu werben und die Bekannten auch zum Eintrag im Stimmregister zu motivieren. In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre Unterstützung in diesem wichtigen Wahlkampf!

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

Initiative zur Begrenzung der Einwanderung

Die Delegiertenversammlung der SVP hat am 28. Mai 2011 in Einsiedeln mit 420 zu 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) die Lancierung einer „Begrenzungs-Initiative“ beschlossen. Die Initiative fordert, dass die Einwanderung wieder jährlich begrenzt wird. Die Zahl und die Qualität der Einwanderung muss wieder steuerbar werden.

Weltweit höchste Einwanderung

Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit haben wir alle Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Seither explodieren die Einwanderungszahlen. Die Dimensionen sind inzwischen bekannt, sie sind erschreckend: Im Rekordjahr 2008 wurden nicht weniger als 157'271 neue Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erteilt. In vier Jahren wuchs unsere Bevölkerung wegen der Einwanderung um netto 330'000 Menschen. Jahr für Jahr wird wegen der Zuwanderung – bildlich gesprochen – eine neue Stadt St. Gallen ins Schweizer Mittelland gepflanzt. Das Bundesamt für Statistik rechnet mit 10 Millionen Einwohnern bereits in naher Zukunft.

Selbst die besten Experten haben sich getäuscht

Sämtliche bisherigen Prognosen erweisen sich als falsch. Nicht nur diejenigen der Politikerinnen und Politiker (inklusive Bundesrat). Auch die Fachleute haben sich massiv getäuscht. Kein Experte hat die hohe Einwanderung der letzten Jahre auch nur ansatzweise richtig vorausgesagt. Wir haben inzwischen nicht nur die weltweit höchste Zuwanderung, sondern sogar das höchste Bevölkerungswachstum sämtlicher Industrienationen!

Höchstzahlen respektive Kontingente

Die Initiative verlangt künftig wieder Kontingente. Damit stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien diese aufzufüllen sind. Die Initiative kann dies nicht im Detail regeln. In die Bundesverfassung gehört nur der Grundsatz, dass eine Einwanderung insbesondere dann möglich ist, wenn ein Stellenangebot aus der Schweiz vorliegt

und der Gesuchsteller persönliche Voraussetzungen mitbringt, die erwarten lassen, dass er sich gut integrieren kann. Sämtliche Details müssen bei Annahme der Initiative via Gesetzgebung umgesetzt werden. Andere Länder zeigen, wie dies möglich ist und welche Systeme sich bewährt haben. Länder wie Kanada, Australien und Neuseeland steuern zum Beispiel die Einwanderung durch ein modernes Punktesystem: Für eine Aufenthaltsbewilligung wird das Erreichen einer Mindestpunktzahl vorausgesetzt. Dabei werden Kriterien wie berufliche und schulische Qualifikation, Berufsgattung, Berufserfahrung, noch zu erwartende Arbeitsdauer, absehbare finanzielle Selbständigkeit, Herkunftsland, Beziehung zum Land, Alter, Sprachkenntnisse etc. bewertet. Mit einem solchen System könnte die Einwanderung optimal gesteuert und auf die jeweils aktuellen Bedürfnisse der Schweiz angepasst werden. Für die Wirtschaft wichtige Arbeitnehmer und Fachkräfte könnten flexibel aufgenommen werden. Wer hingegen das Sozialsystem missbraucht und die Integration verweigert, erreicht die notwendige Mindestzahl nicht und scheidet aus.

Neuverhandlungen mit der EU nötig

Jede Begrenzung der Einwanderung steht im Widerspruch mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Eine Annahme der Initiative würde deshalb bedeuten, dass mit der EU Neuverhandlungen geführt werden müssten. Objektive Gründe, warum die EU dies verweigern sollte, gibt es nicht. Sie müsste aufgrund der Einwanderungszahlen vollstes Verständnis für die Schweiz haben (auf die EU umgerechnet entsprechen die Schweizer Zahlen einer Einwanderung in die EU von jährlich weit mehr als 5 Millionen; eine Zahl, die für die EU absolut undenkbar wäre).

Die Initiative ist in keiner Art und Weise das Ende des „bilateralen Wegs“. Im schlimmsten Fall müssen einige der Bilateralen Verträge angepasst werden. Das ist jedoch ein viel kleineres Problem als die negativen Folgen einer ungebremsten Einwanderung.

Luigi Stamm, Nationalrat (AG)
Vorstandsmitglied SVP International

Die Zuwanderungsinitiative ist dringend nötig

2011 heisst es: Schweizer wählen SVP, es gibt keine Alternativen. Schwarz oder weiss, Freiheit oder EU-Knechtschaft. Links oder rechts. Dazwischen gibt es Nichts mehr. Wer die Schweiz liebt, wählt SVP.

Für die SVP wird ein EU-Beitritt NIE und NIMMER in Frage kommen. Die SVP ist die einzige Partei, die glaubwürdig und seit Jahrzehnten für die Eigenständigkeit und Neutralität der Schweiz einsteht. Keine andere Partei hat die SVP bei der Forderung um Rückzug des EU-Beitritts gesuches unterstützt. Wir stehen als einzig Partei für die Unabhängigkeit der Schweiz ein. Die SVP diskutiert nicht über die EU-Kompatibilität unserer Initiativen. Wir Eidgenossen sind freie Bürger in einem freien Land und können daher selbständig entscheiden. Über die Hintertüre nun eine Einschränkung der Direkten Demokratie einzuführen – um uns EU-tauglicher zu machen – kommt nicht in Frage. Gerade deswegen ist es so wichtig, dass die SVP in Sachen Verfassungsgerichtsbarkeit eine so klare, entschieden ablehnende Haltung einnimmt.

Die Schweiz ist seit über 700 Jahren unabhängig und soll es auch die nächsten 700 Jahre bleiben. Wir lassen und nicht „reinreden“ und wir lassen uns zu nichts zwingen! Unsere Schweiz ist kein „weisser Fleck“ kein „geostrategisches Unding“, sondern ein souveräner Staat, und erst noch, der erfolgreichste und schönste Staat in Europa!

Nur in einem eigenständigen, neutralen Land können wir in Freiheit leben. Schon unsere Ur-Väter wehrten sich gegen „Fremde Richter“ und gegen Abgaben an „Fremde Vögte“. Darum gilt: Wer die Freiheit liebt, wählt SVP!

Ein anderer kritischer Punkt sind die Schengen Verträge. Was hat uns Schengen bisher gebracht? Die Grenzen sind offen, die Kontrolle des rückwärtigen Raumes funktioniert mehr schlecht als recht. Wir haben die Visapolitik preisgegeben und die Migrantenströme nehmen infolge löchriger Schengen-Aussengrenzen zu. Die Kriminaltouristen reisen ungehindert hin und her. Zudem kostet

uns die Schengenmitgliedschaft statt der versprochenen jährlichen 17.4 Millionen bisher über 216 Millionen Franken.

Wir müssen uns dringend, jetzt und heute, gegen die drohende Überfremdung wehren.

Am 8. Februar 2009 hat der Kanton Schwyz einmal mehr gradlinig und konsequent NEIN zur Personenfreizügigkeit gesagt. Leider haben die Schweizerinnen und Schweiz dem unsäglichen Päckli zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und zur Weiterführung zugestimmt. Daraufhin sind die drei Bundesrätinnen Calmy, Leuthard und Widmer sofort in Jubel ausgebrochen. Geredet haben sie vom „Erfolgsmodell“ – „von der Stabilität zur EU“, welche nun gefestigt sei. Die damalige Justizministerin Widmer hat zugesichert, dass die Personenfreizügigkeit weiterhin „mit Sorgfalt“ gehandhabt werde. Die Migration, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auch die Entwicklung der Sozialversicherungen würden aufmerksam verfolgt. Bei Schwierigkeiten stünden verschiedene Instrumente zur Verfügung. Neben den Übergangsfristen und der Ventilklausel hat sie die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping sowie die Rückführungsabkommen genannt. Sie hat versprochen, die Öffentlichkeit regelmässig über die Situation zu informieren.

Regelmässig ist vielleicht passiert – aber wir hätten gerne auch mal eine ehrliche und offene Information gehabt. Dem Bundesrat ging es doch bisher vielmehr darum, all die Probleme mit der Zuwanderung schönzureden.

Die Bevölkerung hat jetzt aber genug. Die beiden Journalisten Löpfe und Vontobel haben in ihrem Buch festgestellt, was wir Schweizerinnen und Schweizer tageintags schon lange spüren: Die Kosten rund um die Personenfreizügigkeit überwiegen den Nutzen bei weitem. Die Wohnungen und Häuser werden immer teurer. Gemäss Avenir Suisse wird Jahr für Jahr eine Fläche in der Grösse des Walensees überbaut. Die Siedlungsfläche wird pro Sekunde um einen Quadratmeter erweitert. Jährlich wächst die Schweizer Bevölkerung in der Grösse einer Stadt St. Gallen. Die Strassen sind bereits heute dauerverstopft und die Züge überfüllt.

Und wenn der Vizedirektor des Bundesamtes für Migration sagt: „Einzelne Unternehmen stellen gelegentlich lieber junge Leute aus dem Ausland an als Einheimische, weil diese zu günstigeren Konditionen arbeiten“, so ist das wohl die Unterbreitung des Jahres. Die Unternehmer wählen das billigste Personal aus – und in der Regel sind das keine Einheimischen. Die flankierenden Massnahmen werden umgangen und Studien belegen heute, dass auch die Löhne des breiten Mittelstandes sinken. In den allermeisten Läden und Geschäften wird vorwiegend ausländisch gesprochen; mit Schweizerdeutsch werden wir im eigenen Land kaum mehr verstanden. Es ist sogar schon so weit, dass wir Initiativen lancieren müssen, um die eigene Landessprache im Kindergarten durchzusetzen. Und wenn der Tagesanzeiger titelt: „Die Stimmung hat sich gewaltig verändert“. So sagt er für einmal die Wahrheit. Die Schweizerinnen und Schweizer haben genug davon, im eigenen Land „Exoten“ zu sein. Wenn sogar der linke Rudolf Strahm von „Hartz-IV-Flüchtlingen“ spricht, so können wir getrost davon ausgehen – es wird höchste Zeit, dass die SVP endlich etwas tut.

Ich bin stolz, dass die SVP am 28. Mai 2011 den Startschuss zur neuen Zuwanderungs-Initiative einstimmig mit 420 Ja-Stimmen gegeben hat. Die Schweizer Eidgenossenschaft braucht dringend Hilfe, sonst werden wir bald „unter Artenschutz“ stehen. Helfen sie mit, unsere schöne Schweiz vor der Überfremdung zu retten und helfen sie im Oktober mit, wenn's denn heisst:

Schweizer wählen SVP

Judith Uebersax, Präsidentin SVP SZ
Mitglied SVP International

Die SVP International an der DV der SVP Schweiz

Die SVP International hat an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 28. Mai 2011 in Einsiedeln (SZ) mit ihrem Stand viel Aufmerksamkeit erhalten und konnte dabei gut für ihre Nationalratslisten Werbung machen. In einem kurzen Referat konnte Roman Rauper die Ausland-

schweizersektion und ihre Liste kurz vorstellen. Hier einige Bilder der DV, die uns Viktor Nell freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat:



Inge Schütz, Luzi Stamm, Viktor Nell, Roman Rauper, Andreas Kriesi und Jorge Vieitez am Stand der SVP International



Viktor Nell mit Nationalrätin Yvette Estermann und Nationalrat Hans Fehr



Roman Rauper bei seinem Kurzreferat vor den Delegierten der SVP Schweiz

Weitere Bilder der SVP International an der Delegiertenversammlung der SVP finden Sie ab dem 1. Juni 2011 auf unserer Website www.svp-international.ch

Bundesrat: Verantwortungslos oder inkompetent?

Hat unsere Regierung den Verstand verloren? Hat unsere Führung die Tragweite ihres Entscheides realisiert, als sie die Einstellung unserer Produktion von Kernenergie ankündigte? Hat sie überhaupt einen Plan, um die daraus resultierende Lücke in der Energieversorgung zu kompensieren? Wer wird die Rechnung bezahlen?

Viele Fragen, denen unsere Bundesbehörden ausweichen. Offensichtlich sind sie sensibler für die Emotionen der Bevölkerung als für die Realität der Fakten.

Nahezu 40% unseres Stromkonsums stammen aus unseren Atomkraftwerken. Nebst einer konstanten einheimischen Stromproduktion ermöglicht dies eine beträchtliche Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen. Das bedeutet 50% weniger CO₂-Ausstoss seit 1990. Das erlaubt der Schweiz, die Verpflichtungen von Kyoto einzuhalten.

Sollen wir auf die Kohle oder Erdöl zurückgreifen, den Energiequellen, welche die Umwelt belasten und keine konstante Versorgung gewährleisten?

Deutschland, Polen oder Grossbritannien haben bezüglich der Kontrolle des CO₂-Ausstosses nicht dieselben Skrupel wie wir. Für diese Länder stellt die Kohle nicht nur eine Energiequelle dar, es geht auch um Millionen von Arbeitsplätzen.

Wollen wir als Abnehmer von Erdöl oder Erdgas zu Geiseln Russlands oder der Länder des Mittleren Ostens werden? Wir wären den geringsten Turbulenzen im Kreml oder den Revolutionen in der arabischen Welt ausgeliefert. Die Schweiz steht vor einer riskanten Zukunft, wenn sie für ihre Energieversorgung vom Ausland abhängt, derweil unsere gut gewarteten und stets auf den höchsten Stand gebrachten Atomkraftwerke dem Land eine ausreichende, von Fluktuationen der Weltpolitik unabhängige Energie liefern.

In 20 Jahren hat die Produktionskapazität um 40% zugenommen. Und das ohne nennenswerten Unfall! Hören wir nicht auf die dramatisierenden Warnrufe, Angst ist eine schlechte Ratgeberin. Die überhasteten Erklärungen unserer Regierung schei-

nen den finanziellen Aspekt dieses überlegten Entscheids zu ignorieren. Werden die Schweizer bereit sein, für den Strom 40% mehr zu bezahlen? Wird unsere Industrie mit einer derartigen Erhöhung der Energiepreise konkurrenzfähig bleiben? Die Strompreise sind für die Haushalte und die Unternehmen bereits jetzt an der Grenze des Tragbaren! Was passiert, wenn die Reaktoren ohne Ersatzlösung abgeschaltet werden? Der Bundesrat räumt ein, dass die Schliessung der Atomkraftwerke an die 4 Milliarden Franken kosten wird. Das ist ein hoher Preis!

Demgegenüber wollen unsere französischen Nachbarn ihre Wirtschaft nicht einer unbegründeten Angst opfern. Im Gegenteil, sie werden sehr bald im Norden des Landes einen neuen Reaktor des Typs EPR einweihen. Die Technologie wird identisch sein mit jener der Anlage von Taishan, die in China den Betrieb aufnehmen soll. Die Finnen werden ebenfalls ein EPR-Kernkraftwerk in Betrieb nehmen. Dabei haben unsere finnischen Freunde sicher nichts gemeinsam mit Kamikaze!

Seien wir pragmatisch, die Ersatzenergien werden den bedeutenden Anteil von Kernenergie nicht ersetzen können. Heute stammen nur 4% unserer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien. Es ist zu befürchten, dass der vollständige Ersatz der Kernenergie kostspielig und problematisch wird. Die Produktion von Solarenergie benötigt immense Flächen, der Ertrag der Windenergie ist zu schwankend, um verlässlich zu sein, und die Gasanlagen weisen eine miserable ökologische Bilanz auf.

Die kommenden Jahre werden schmerzlich sein. Die Treibstoffpreise werden steigen, aber auch die Eisenbahntarife. Alle vom Strompreis abhängigen Kosten werden schwindelerregende Höhen erreichen. Wir müssen uns auf einen Zusammenbruch unserer Kaufkraft gefasst machen. Die Elektrizität wird zum Luxusgut werden, das einigen privilegierten vorbehalten ist.

Werden wir unsere Computer und Fernsehgeräte wirklich ausschalten? Werden wir unsere Kühlschränke und Aufzüge vom Stromnetz nehmen? Und vielleicht gar unsere Trolleybusse einstellen? Seien wir realistisch, beim heutigen Technolo-

giestand gibt es keine Alternative zur Kernenergie!

Der Forschung gehört die Zukunft. Mit ITER, dem Versuchsreaktor für die Kernfusion, verheisst eine neue Technologie eine ausreichende Energieversorgung, ohne dass Abfälle über eine lange Zeit anfallen. Es braucht Geduld, um in den Genuss dieses gewaltigen wissenschaftlichen Fortschritts zu kommen, aber die ganze Welt hofft darauf.

Wenn das Parlament den von der Regierung vorgelegten Plan gutheisst wird aus der Schweiz ein rückwärtsgewandtes Land, das um fast ein Jahrhundert zurückfällt. Wir werden den Gürtel enger schnallen und auf unsere gewohnte Lebensweise verzichten müssen. Vielleicht wird es nicht einmal mehr eine öffentliche Strassenbeleuchtung geben! Es ist jetzt an Ihnen zu wählen zwischen der Angst und der Zukunft.

André Reymond, Nationalrat (GE)
Vorstandsmitglied SVP International

„Schwiizerdütsch“ die nationale Identität

Es ist für mich unerklärlich, wenn Schweizer Erziehungsdirektoren gesprochene Sprachen (Dialekte) zu Gunsten des Hochdeutschen aus dem Bildungssystem auszuschliessen versuchen. Im gleichen Atemzug haben jene angeblichen Heimatschützer kein Problem damit, die Heimat mit Autobahnen zuzupflastern, unsere Städte zu verspekulieren und das Sprachengesetz zu torpedieren.

Leichtfertig wird nach und nach eine sprachliche Tradition gebrochen, die uns Auslandschweizern sehr am Herzen liegt. Kaum zu glauben, wie weit es die Schweizer gebracht haben: Zürcher und Basler Stimmbürger mussten am 15. Mai 2011 an der Urne über die Initiative «Mundart im Kindergarten» befinden. Glücklicherweise stoppten die Zürcher und Basler Stimmbürger das sukzessive Zerstören unserer Mundart. Leider verstehen es immer weniger Schweizer, in ihrer Muttersprache zu schreiben bzw. richtig Dialekt zu sprechen. Unsere Dialekte dürfen nicht noch mehr

verfuscht und vernachlässigt werden. Besonders uns Auslandschweizern bereitet das sukzessive Verdrängen unserer Mundart grosse Besorgnis. Die Verلودung des „Schwiizerdütschen“ durch Wortentlehnungen aus dem Englischen, dem germanischen Hochdeutschen und dem TV-Deutsch muss gestoppt werden. Mit Sprachkultur hat das wenig zu tun. **Erhalt und Pflege unserer vielfältigen Schwiizerdialekte ist Heimatschutz.**

Die Anglo-Panscher haben sich besonders im Medienalltag eingenistet. Ich ärgere mich grün und blau, wenn sich die Schweizer Medienschaffenden zu „neudeutschen“ Redewendungen hinreissen lassen. Dieses moderne Imponiergehabe bereichert die deutsche Sprache in keiner Weise und ist verwerflich. Besonders auffällig beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF): Hier überschlagen sich die Sprachartisten regelrecht mit Auswürfen wie: „Okay, Highlight, Events, Fun, Talkshow, Job, News, Trend, Input usw.“

Auf meine Anfrage beim zwangsfinanzierten Schweizer Radio und Fernsehen hinsichtlich übertriebener Anglo-Manie im deutschsprachigen Sendegebiet erfolgte die ausweichende Antwort von Direktor Ruedi Matter am 23.03.2011 *„Wir bedauern, dass Sie sich über die Verwendung von sogenannten Anglizismen beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ärgern. Versteht man Sprache als „Werkzeug“, das die Mitglieder einer Sprachgemeinschaft zu ihrer Verständigung nutzen, scheint ein solcher Sprachwandel ebenso nützlich zu sein, wie „stabile“ Regeln und Konventionen nach denen das „Werkzeug“ von allen benutzt werden kann“.* Gez. Regula Hollenstein, (SRF) Kundendienst.

Auch in Schweizer Zeitungsredaktionen nehmen je länger je mehr Deutsche Einsitz und schleppen Ausdrücke ein, die in der Schweiz völlig unangebracht und sogar falsch sind.

Schützen wir das Schweizerdeutsche als unsere Muttersprache und bekämpfen wir die nutzlosen ausländischen Spracheinflüsse.

Viktor Nell, L'Ampolla (Spanien)
Mitglied SVP International

Demokratie in Gefahr!

Seit einiger Zeit juckte es den Bundesrat, die Volksrechte einzuschränken. Genaueres war am 31. März 2011 zu erfahren, als der Bundesrat seine Absichten publizierte und ankündigte, Volkes Stimme mindern zu wollen! Das ist inakzeptabel...! Das bedeutet ganz klar die Aufhebung der Verfassung unseres Landes, die auf den Rechten des Volkes beruht; genauso wie der Bundesrat und die Bundesversammlung äussert das Volk seine Meinung über Führung und Gang des Landes.

Wir stellen fest, dass sich der Bundesrat seit den Abstimmungen über die Minarette und die Ausschaffung von kriminellen Ausländern in seinen Stellungnahmen und Rechenschaftsberichten gegenüber der EU oder den USA verpflichtet fühlt, den daraus resultierenden Impulsen Rechnung zu tragen...

Der Bundesrat und vor allem seine Ausenministerin („Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit“, sagte diese kürzlich im Zusammenhang mit der Verletzung unseres Luftraums durch Flugzeuge der Koalition, die Libyen bombardierte) sind zu allem bereit, um die Bedürfnisse der Länder zu befriedigen, die es mit uns nicht nur gut meinen und sich als grosse Demokratien ausgeben...

Deshalb, liebe Mitbürger, haben Sie ein wachsames Auge auf den Bundesrat und passen Sie auf, nicht in die Falle zu geraten! Unser Land wird auf der ganzen Welt beneidet um unsere **Volksdemokratie, die in unserer Verfassung verankert ist. Deshalb „Hände weg von unserem Verfassungsrecht!“**

Pierre Vogel, Rosny sur Seine (F)
Mitglied SVP International

Termine:

Der **Auslandschweizer-Kongress** der ASO wird vom **26.-28. August 2001 in Lugano (TI) stattfinden**. Die SVP wird wir jedes Jahr auch heuer mit einem Stand präsent sein.

Im Rahmen des Kongresses wird auch die jährliche **Generalversammlung der SVP International** stattfinden und zwar am

Freitag, 26. August 2011 in Lugano. Die Einladung werden Sie anfangs Juli erhalten.

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz finden 2011 an folgenden Daten statt:

Samstag, 27. August 2011

Samstag, 1. Oktober 2011

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

Am 23. Oktober 2011 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Registrieren Sie sich genug früh und gehen Sie an die Urne!

Denn:

Schweizer wählen SVP – im In- und Ausland!